



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

57. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 8. Mai 2003

Nummer 19

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
301	6. 4. 2003	Verordnung zur Übertragung der Führung des Handelsregisters auf zusätzliche Amtsgerichte; Sechste Änderung der Dekonzentration (Sechste Änderungs-VO zur Handelsregister-Dekonzentrations-VO)	234
301	10. 4. 2003	Verordnung über die Registerkonzentration und die maschinelle Führung der Register (Register-VO)	234
764	31. 3. 2003	Änderung der Satzung der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse	237
	16. 4. 2003	Berichtigung der Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen in höheren Fachsemestern an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen zum Studienjahr 2002/2003 vom 21. November 2002	237
	27. 2. 2003	Genehmigung der 20. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Detmold, Teilabschnitt Oberbereich Paderborn im Gebiet der Stadt Büren	236
	27. 2. 2003	Genehmigung der 17. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Detmold, Teilabschnitt Oberbereich Paderborn im Gebiet der Kreise Höxter und Paderborn	236

Die neue CD-Rom „SGV. NRW.“, Stand 1. Januar 2003, ist Anfang Februar erhältlich.

Bestellformulare finden sich in den Nummern 3 und 4 des GV. NRW. 1999, ebenso im Internet-Angebot.

Hinweis:

Die Gesetz- und Verordnungsblätter, die Ministerialblätter sowie die Sammlung aller geltenden Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) stehen **im Intranet des Landes NRW** zur Verfügung.

Die Gesetz- und Verordnungsblätter, die Ministerialblätter sowie die Sammlung aller geltenden Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) werden **auch im Internet angeboten**. Die Adresse ist: <http://sgv.im.nrw.de>

301

**Verordnung
zur Übertragung der Führung
des Handelsregisters auf zusätzliche Amtsgerichte;
Sechste Änderung der Dekonzentration
(Sechste Änderungs-VO zur Handelsregister-
Dekonzentrations-VO)**

Vom 6. April 2003

Auf Grund des § 125 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der ab 1. Januar 2002 geltenden Fassung in Verbindung mit Artikel I § 1 der Verordnung über die Ermächtigung des Justizministeriums zum Erlass von Rechtsverordnungen zur Registerkonzentration und zur maschinellen Führung der Register (Register-Delegations-VO) vom 11. Februar 2003 (GV. NRW. S. 76) wird verordnet:

Artikel 1

Übertragung der Registerführung

Die Führung des Handelsregisters wird übertragen:

dem Amtsgericht **Krefeld**

für die Amtsgerichtsbezirke Kempen und Nettetal,

dem Amtsgericht **Wuppertal**

für die Amtsgerichtsbezirke Mettmann und Remscheid.

Artikel 2

**Änderung
der Handelsregister-Dekonzentrations-VO**

Die Verordnung zur Übertragung der Führung des Handelsregisters auf zusätzliche Amtsgerichte vom 7. November 2001 (GV. NRW. S. 798), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 19. Dezember 2002 (GV. NRW. 2003 S. 15), wird wie folgt geändert:

1. Die Präambel erhält folgende neue Fassung:
„Auf Grund des § 125 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der ab 1. Januar 2002 geltenden Fassung in Verbindung mit Artikel I § 1 der Verordnung über die Ermächtigung des Justizministeriums zum Erlass von Rechtsverordnungen zur Registerkonzentration und zur maschinellen Führung der Register (Register-Delegations-VO) vom 11. Februar 2003 (GV. NRW. S. 76) wird verordnet:“
2. § 1 wird wie folgt geändert:
Im Teil „im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf“ werden
 - 2.1.1 die Angaben unter **Landgerichtsbezirk Krefeld, Amtsgericht Krefeld** wie folgt gefasst:
„dem Amtsgericht Krefeld
für die Amtsgerichtsbezirke Kempen, Krefeld und Nettetal,“
 - 2.1.2 die Angaben
„dem Amtsgericht Kempen für den Amtsgerichtsbezirk Kempen,“ und
„dem Amtsgericht Nettetal für den Amtsgerichtsbezirk Nettetal,“
gestrichen;
 - 2.2.1 die Angaben unter **Landgerichtsbezirk Wuppertal, Amtsgericht Wuppertal** wie folgt gefasst:
„dem Amtsgericht Wuppertal
für die Amtsgerichtsbezirke Mettmann, Remscheid und Wuppertal;“
 - 2.2.2 die Angaben
„dem Amtsgericht Mettmann für den Amtsgerichtsbezirk Mettmann,“ und
„dem Amtsgericht Remscheid für den Amtsgerichtsbezirk Remscheid,“
gestrichen.

Artikel 3

In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt hinsichtlich der Übertragung der Registerführung für
den Amtsgerichtsbezirk Nettetal am 1. Juni 2003,
den Amtsgerichtsbezirk Remscheid am 1. Juli 2003,
den Amtsgerichtsbezirk Kempen am 15. September 2003 und
den Amtsgerichtsbezirk Mettmann am 1. November 2003 in Kraft.

Düsseldorf, den 6. April 2003

Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

– GV. NRW. 2003 S. 234.

301

**Verordnung
über die Registerkonzentration und die
maschinelle Führung der Register
(Register-VO)**

Vom 10. April 2003

Auf Grund des § 8 a Abs. 1 Satz 1, des § 8 a Abs. 5 und des § 9 a Abs. 4 Satz 3 des Handelsgesetzbuches (HGB) vom 10. Mai 1897 (RGBl. S. 219), zuletzt geändert durch das Dritte Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung und sonstiger gewerberechtlicher Vorschriften vom 24. August 2002 (BGBl. I S. 3412, 3420), des § 156 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (GenG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. August 1994 (BGBl. I S. 2202), zuletzt geändert durch das Euro-Bilanzgesetz (EuroBilG) vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3414, 3415), des § 5 Abs. 2 des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes (PartGG) vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1744), zuletzt geändert durch das Gesetz über elektronische Register und Justizkosten für Telekommunikation (ERJuKoG) vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3422, 3423), des § 125 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 und 2, § 147 Abs. 1 Satz 1, § 159 Abs. 1 Satz 1 und § 160b Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898 (RGBl. S. 771), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Rechts der Vertretung durch Rechtsanwältinnen vor den Oberlandesgerichten (OLG-Vertretungsänderungsgesetz – OLGVertrÄndG) vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2850, 2860), sowie des § 55 Abs. 2, § 55a Abs. 1 Satz 1, § 55a Abs. 6 Satz 2 und § 79 Abs. 5 Satz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42), zuletzt geändert durch das Dritte Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung und sonstiger gewerberechtlicher Vorschriften vom 24. August 2002 (BGBl. I S. 3412, 3420), in Verbindung mit Artikel I §§ 1 bis 4 der Register-Delegations-VO vom 11. Februar 2003 (GV. NRW. S. 76) und § 1 der Verordnung über die Ermächtigung des Justizministeriums zum Erlass von Rechtsverordnungen vom 6. Juli 1960 (GV. NRW. S. 209), geändert durch die Verordnung über die Zuweisung von Patentstreitsachen und Sortenschutzstreitsachen an das Landgericht Düsseldorf vom 29. April 1986 (GV. NRW. S. 350) wird verordnet:

Artikel I

§ 1

Konzentration

(1) Die Führung des Vereinsregisters wird den in der **Anlage 1** zu dieser Verordnung aufgeführten Gerichten für die jeweils aufgeführten Amtsgerichtsbezirke übertragen.

Anlage 1

(2) Die Führung des Partnerschaftsregisters für alle Amtsgerichtsbezirke in Nordrhein-Westfalen wird dem Amtsgericht Essen übertragen.

§ 2

Maschinelle Führung der Register

Anlage 2 (1) Bei den in der **Anlage 2** zu dieser Verordnung aufgeführten Amtsgerichten werden das Handels- und das Genossenschaftsregister sowie die zu ihrer Führung erforderlichen Verzeichnisse in maschineller Form als automatisierte Datei geführt.

Anlage 3 (2) Bei den in der **Anlage 3** zu dieser Verordnung aufgeführten Amtsgerichten werden das Vereinsregister sowie die zu seiner Führung erforderlichen Verzeichnisse in maschineller Form als automatisierte Datei geführt.

(3) Bei dem Amtsgericht Essen wird das Partnerschaftsregister einschließlich der zu seiner Führung erforderlichen Verzeichnisse in maschineller Form als automatisierte Datei geführt.

§ 3

Anlegung des maschinell geführten Registers

(1) Das maschinell geführte Handels-, Genossenschafts- und Vereinsregister wird durch Umschreibung angelegt.

(2) Die einzelnen maschinell geführten Registerblätter treten mit ihrer Freigabe an die Stelle der bisher in Papierform geführten Registerblätter.

(3) Die Anlegung des maschinell geführten Registerblattes einschließlich seiner Freigabe kann auch durch den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erfolgen.

§ 4

Abrufverfahren

Die Durchführung und Abwicklung des automatisierten Abrufverfahrens aus den maschinell geführten Registern nach § 79 Abs. 5 BGB und § 9 a Abs. 4 HGB, auch in Verbindung mit § 156 Abs. 1 Satz 1 GenG und § 5 Abs. 2 PartGG, einschließlich der Erhebung von Gebühren und Entgelten für die Teilnahme am Abrufverfahren wird dem Amtsgericht Hagen zugewiesen.

§ 5

Datenverarbeitung im Auftrag

Die Datenverarbeitung im Auftrag des zuständigen Amtsgerichts wird auf den Anlagen des Gemeinsamen Gebietsrechenzentrums in Hagen vorgenommen (§ 125 Abs. 5 in Verbindung mit § 147 Abs. 1 Satz 1, § 159 Abs. 1 Satz 1, § 160b Abs. 1 Satz 2 FGG, § 55a Abs. 6 BGB).

§ 6

Ersatzregister

(1) Ist die Vornahme von Eintragungen in das maschinell geführte Register länger als zehn Werktage nicht möglich, so sollen in der Regel Eintragungen ohne Vergabe einer neuen Nummer in einem Ersatzregister in Papierform vorgenommen werden.

(2) Nach Wiederherstellung der Betriebsfähigkeit sind die Eintragungen unverzüglich in das maschinell geführte Register zu übernehmen. Erst nach der Übernahme darf die elektronische Einsicht in das Registerblatt gestattet werden.

§ 7

Übermittlung von Daten des maschinell geführten Registers an andere Amtsgerichte

Soweit die Register bei den Amtsgerichten in maschineller Form als automatisierte Datei geführt werden, können die Daten an andere Amtsgerichte übermittelt werden, sofern die technischen Voraussetzungen hierfür gegeben sind.

§ 8

Einsicht und Erteilung von Ausdrucken

Die nach § 7 übermittelten Daten werden zur Erleichterung des Rechtsverkehrs bei diesen Amtsgerichten zur Einsicht und zur Erteilung von Ausdrucken bereit gehalten.

Artikel II

Aufhebung von Vorschriften

Es werden aufgehoben:

1. die Verordnung über die maschinelle Führung des Handels- und des Genossenschaftsregisters (Register-Automations-VO) vom 7. Februar 2002 (GV. NRW. S. 83; ber. S. 94), zuletzt geändert durch die Dritte Änderungs-VO zur Register-Automations-VO vom 26. Februar 2003 (GV. NRW. S. 124),
2. die Verordnung über die maschinelle Führung des Handels- und des Genossenschaftsregisters (Erste Änderungs-VO zur Register-Automations-VO) vom 30. September 2002 (GV. NRW. S. 485),
3. die Verordnung über die maschinelle Führung des Handels- und des Genossenschaftsregisters (Dritte Änderungs-VO zur Register-Automations-VO) vom 26. Februar 2003 (GV. NRW. S. 124),
4. die Verordnung der Landesregierung über die Führung des Partnerschaftsregisters (Partnerschaftsregister-Automations-Konzentrations-VO) vom 8. Mai 2001 (GV. NRW. S. 225),
5. die Verordnung über die Durchführung und Abwicklung des automatisierten Abrufverfahrens aus dem maschinell geführten Partnerschaftsregister (Partnerschaftsregister-Abrufverfahrens-VO) und Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die maschinelle Führung des Handels- und des Genossenschaftsregisters (Zweite Änderungs-VO zur Register-Automations-VO) vom 10. Dezember 2002 (GV. NRW. 2003 S. 14),
6. die Verordnung über die Bildung gemeinsamer Vereinsregisterbezirke vom 28. April 1963 (GV. NRW. S. 195), zuletzt geändert durch die Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bildung gemeinsamer Vereinsregisterbezirke vom 20. November 1978 (GV. NRW. S. 603).

Artikel III

In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 10. April 2003

Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Wolfgang Gerhards

Anlage 1

Amtsgerichtsbezirke, deren Vereinsregister einem anderen Amtsgericht zur Führung übertragen ist

Amtsgerichtsbezirk:	Registerführendes Amtsgericht:
Duisburg-Hamborn	Duisburg
Duisburg-Ruhrort	Duisburg
Mönchengladbach-Rheydt	Mönchengladbach

Anlage 2

Gerichte, bei denen das Handels- und Genossen- schaftsregister in maschineller Form geführt wird

Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf

Düsseldorf	seit 1. Juli 2001
Duisburg	seit 15. März 2002
Neuss	seit 1. April 2002

Krefeld	seit 1. November 2002
Wuppertal	seit 15. November 2002
Mönchengladbach	seit 1. April 2003
Kleve	ab 1. Juli 2003

Oberlandesgerichtsbezirk Hamm

Essen	seit 1. Oktober 2000
Arnsberg	seit 15. März 2002
Bielefeld	seit 15. März 2002
Gelsenkirchen	seit 15. März 2002
Coesfeld	ab 1. Juli 2003
Steinfurt	ab 1. Juli 2003
Hagen	ab 1. Juli 2003
Recklinghausen	ab 1. Juli 2003
Lemgo	ab 14. Juli 2003
Siegen	ab 14. Juli 2003
Paderborn	ab 14. Juli 2003
Hamm	ab 1. Oktober 2003
Bochum	ab 1. Oktober 2003
Dortmund	ab 1. Oktober 2003
Münster	ab 1. Oktober 2003
Bad Oeynhausen	ab 13. Oktober 2003
Gütersloh	ab 13. Oktober 2003
Iserlohn	ab 13. Oktober 2003

Oberlandesgerichtsbezirk Köln

Köln	seit 1. Juni 2001
Bonn	seit 1. April 2002
Aachen	seit 1. Mai 2002
Düren	seit 15. Mai 2002
Siegburg	seit 15. April 2002

Anlage 3

**Gerichte,
bei denen das Vereinsregister
in maschineller Form geführt wird**

Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf

Langenfeld	ab 1. Juli 2003
------------	-----------------

Oberlandesgerichtsbezirk Hamm

Essen	ab 15. Mai 2003
-------	-----------------

Oberlandesgerichtsbezirk Köln

Köln	ab 1. August 2003
------	-------------------

– GV. NRW. 2003 S. 234.

**Genehmigung
der 20. Änderung
des Gebietsentwicklungsplanes
für den Regierungsbezirk Detmold,
Teilabschnitt Oberbereich Paderborn
im Gebiet der Stadt Büren**

Vom 27. Februar 2003

Der Regionalrat des Regierungsbezirks Detmold hat in seiner Sitzung am 9. Dezember 2002 die Aufstellung der 20. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Detmold, Teilabschnitt Oberbereich Paderborn im Gebiet der Stadt Büren beschlossen (Änderung der zeichnerischen Darstellung des Flugplatzgeländes Paderborn/Lippstadt).

Diese Änderung habe ich mit Erlass vom 27. Februar 2003 – V.2 – 30.14.03.22 – gemäß § 16 Abs. 1 des Landesplanungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Februar 2001 (GV. NRW. S. 50), zuletzt geändert am 17. Mai 2001 (GV. NRW. S. 195) im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Landesministerien genehmigt.

Gemäß § 16 Abs. 3 des Landesplanungsgesetzes werden die in der Änderung des Gebietsentwicklungsplanes enthaltenen Darstellungen mit der Bekanntmachung der Genehmigung Ziele der Raumordnung und Landesplanung.

Die 20. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Detmold wird beim Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung (Landesplanungsbehörde), der Bezirksregierung Detmold (Bezirksplanungsbehörde) sowie dem Kreis Paderborn und der Stadt Büren zur Einsicht für jedermann niedergelegt.

Die Bekanntmachung der Genehmigung der Änderung des Gebietsentwicklungsplanes im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen erfolgt nach § 16 Abs. 2 Satz 1 des Landesplanungsgesetzes.

Gemäß § 17 des Landesplanungsgesetzes weise ich auf folgendes hin:

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des Landesplanungsgesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften bei der Erarbeitung und Aufstellung der Änderung des Gebietsentwicklungsplanes ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung bei der Bezirksregierung Detmold (Bezirksplanungsbehörde) geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung des Gebietsentwicklungsplanes oder deren Bekanntmachung verletzt worden sind.

Düsseldorf, den 25. März 2003

Der Minister
für Verkehr, Energie und Landesplanung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag
Dr. Pietrzeniuk

– GV. NRW. 2003 S. 236.

**Genehmigung
der 17. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes
für den Regierungsbezirk Detmold,
Teilabschnitt Oberbereich Paderborn
im Gebiet der Kreise Höxter und Paderborn**

Vom 27. Februar 2003

Der Regionalrat des Regierungsbezirks Detmold hat in seiner Sitzung am 9. Dezember 2002 die Aufstellung der 17. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Detmold, Teilabschnitt Oberbereich Paderborn im Gebiet der Kreise Höxter und Paderborn beschlossen (Änderung der zeichnerischen Darstellungen von Bereichen für den Schutz der Natur (FFH-Umsetzung)).

Diese Änderung habe ich mit Erlass vom 27. Februar 2003 – V.2 – 30.14.03.19 – gemäß § 16 Abs. 1 des Landesplanungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Februar 2001 (GV. NRW. S. 50), zuletzt geändert am 17. Mai 2001 (GV. NRW. S. 195) im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Landesministerien genehmigt.

Gemäß § 16 Abs. 3 des Landesplanungsgesetzes werden die in der Änderung des Gebietsentwicklungsplanes enthaltenen Darstellungen mit der Bekanntmachung der Genehmigung Ziele der Raumordnung und Landesplanung.

Die 17. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Detmold wird beim Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung (Landesplanungsbehörde), der Bezirksregierung Detmold (Bezirks-

planungsbehörde) sowie den Kreisen Höxter und Paderborn und den Städten Marienmünster, Nieheim, Brakel, Bad Driburg, Höxter, Willebadessen, Warburg, Steinheim, Bad Lippspringe, Paderborn, Büren, Bad Wünnenberg und der Gemeinde Altenbeken zur Einsicht für jedermann niedergelegt.

Die Bekanntmachung der Genehmigung der Änderung des Gebietsentwicklungsplanes im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen erfolgt nach § 16 Abs. 2 Satz 1 des Landesplanungsgesetzes.

Gemäß § 17 des Landesplanungsgesetzes weise ich auf folgendes hin:

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des Landesplanungsgesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften bei der Erarbeitung und Aufstellung der Änderung des Gebietsentwicklungsplanes ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung bei der Bezirksregierung Detmold (Bezirksplanungsbehörde) geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung des Gebietsentwicklungsplanes oder deren Bekanntmachung verletzt worden sind.

Düsseldorf, den 26. März 2003

Der Minister
für Verkehr, Energie und Landesplanung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag
Dr. Pietrzeniuk

– GV. NRW. 2003 S. 237.

764

**Änderung der Satzung
der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse
Vom 31. März 2003**

Die Gewährträgerversammlung der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse hat am 31. März 2003 gemäß § 2 des Gesetzes über die LBS Westdeutsche Landesbauspar-

kasse vom 2. Juli 2002 (GV. NRW. S. 284) – Artikel 2 des Gesetzes zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in Nordrhein-Westfalen vom 2. Juli 2002 (GV. NRW. S. 284) – folgende Änderung der Satzung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 2002 (GV. NRW. S. 284), geändert durch Satzungsänderung vom 1. August 2002 (GV. NRW. S. 495 und GV. NRW. 2003 S. 39), mit Wirkung vom 1. April 2003 beschlossen:

§ 6 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Für den laufenden Geschäftsverkehr kann der Vorstand eine von Absatz 1 abweichende Regelung treffen.“

Das Innenministerium hat die Änderung der Satzung am 16. April 2003 genehmigt.

– GV. NRW. 2003 S. 237.

**Berichtigung der Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über die Festsetzung von Zulassungszahlen
und die Vergabe von Studienplätzen
in höheren Fachsemestern
an den Hochschulen
des Landes Nordrhein-Westfalen
zum Studienjahr 2002/2003
vom 21. November 2002**

Vom 16. April 2003

Die Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen in höheren Fachsemestern an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen zum Studienjahr 2002/2003 vom 21. November 2002 (GV. NRW. S. 580) wird wie folgt berichtigt:

Die Anlage 2 Nr. I. dieser Verordnung wird durch die Anlage zu dieser Berichtigung ersetzt.

Berichtigte Fassung
Zahl der Studienplätze in höheren Fachsemestern
gemäß Verordnung vom 21. November 2002 (GV. NRW. S. 580)

Anlage 2

I. Studiengänge an Universitäten**- Sommersemester 2003 -**

Studiengang/ Studienrichtung	Abschluss	Fachse- mester	TH AC	UNI BI	UNI BO	UNI BN	UNI DO	UNI D	UGH DU	UGH E	UNI K	DSH K	UNI MS	UGH PB	UGH SI	UGH W
Angewandte Kommuni- kations- und Medien- wissenschaft	(Bachelor)	2.							80							
		4.							80							
		6.							80							
Angewandte Kultur- wissenschaft	(Magister, Nebenfach)	2.											53			
		4.											53			
		6.											53			
		8.											53			
Anglistik	(Magister, Hauptfach)	2.									93					
		3.									40					
		4.									75					
Anglistik	(Magister, Nebenfach)	2.									196					
		3.									85					
		4.									150					
Architektur	(Diplom)	2.	233				94									
		4.	222				88									
		6.	211													
		8.	201													
Betriebswirtschaftslehre	(Diplom)	2.						184			472		417			
		3.									223		167			
		4.						174			434		365			
		5.									205		147			
		6.						165			399		320			
		7.									189		129			
		8.						156			367		281			
		9.									174		113			
Biochemie	(Bachelor)	2.						30								
Biochemie	(Diplom)	2.		24												
		4.		22												
Biologie	(Bachelor)	2.			50											
Biologie	(Bachelor, 1. oder 2. Fach)	2.			32											
Biologie	(Bachelor, Nebenfach)	2.		30												
Biologie	(Diplom)	2.		75	151	190					186					
		4.		71		177					174					
Biologie	(LA S II)	2.									47					
		4.									40					
		6.									34					
		8.									29					
Biotechnologie	(Bachelor)	2.	20													
Biotechnologie	(Diplom)	2.											34			
		4.											34			
		6.											34			
		8.											34			
Deutsch	(LA S II)	2.									106					
		3.									48					
		4.									91					

Berichtigte Fassung

Studiengang/ Studienrichtung	Abschluss	Fachse- mester	TH AC	UNI BI	UNI BO	UNI BN	UNI DO	UNI D	UGH DU	UGH E	UNI K	DSH K	UNI MS	UGH PB	UGH SI	UGH W
Deutsches und Europäisches Wirtschaftsrecht (integriert)	(Diplom)	2. 4.													120 120	
Englisch	(LA S II)	2. 3. 4.									138 61 110					
Französisch	(LA S I)	2. 3. 4.									16 6 10					
Französisch	(LA S II)	2. 3. 4.									58 23 37					
Germanistik	(Magister, Hauptfach)	2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9.				222 82 125 46 70 26 39 15					154 68 123					
Germanistik	(Magister, Nebenfach)	2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9.				375 148 240 94 153 60 98 39					140 62 111					
Geschichte	(LA S II)	2. 3. 4.									86 39 71					
Geschichte	(Magister, Hauptfach)	2. 3. 4.									83 38 71					
Geschichte	(Magister, Nebenfach)	2. 3. 4.									277 120 216					
Italienisch	(LA S II)	2. 3. 4.									26 10 16					
Klinische Linguistik	(Bachelor, Kernfach)	2.		30												
Kommunikations- und Medienwissenschaft	(Bachelor, Nebenfach)	2. 4.						19 19								
Kommunikations- wissenschaft	(Magister, Hauptfach)	2. 4. 6.	93 93 93													
Kunstgeschichte	(Bachelor, Hauptfach)	2. 3. 4.						15 8 15								
Kunstgeschichte	(Bachelor, Nebenfach)	2. 3. 4.						7 4 7								

Berichtigte Fassung

Studiengang/ Studienrichtung	Abschluss	Fachse- mester	TH AC	UNI BI	UNI BO	UNI BN	UNI DO	UNI D	UGH DU	UGH E	UNI K	DSH K	UNI MS	UGH PB	UGH SI	UGH W
Kunstgeschichte	(Magister, Hauptfach)	2. 3. 4.						16 7 12								
Kunstgeschichte	(Magister, Nebenfach)	2. 3. 4.						4 2 4								
Lehramt Primarstufe	(Staatsexamen)	2. 3. 4. 5. 6.								150 58 137 53 124	196 88 164 74 138					
Medienplanung, Medienent- wicklung, Medienberatung (integriert)	(Diplom)	2.													98	
Medienwissenschaft	(Bachelor)	2.												30		
Medienwissenschaft	(Bachelor, 1. oder 2. Fach)	2.			78											
Medienwissenschaft	(Diplom)	2. 4.									36 36					
Medienwissenschaft	(Magister, Hauptfach)	2. 4.				79 79										
Medienwissenschaft	(Magister, Nebenfach)	2. 4.				37 37								42		
Medienwissenschaft (integriert)	(Diplom)	2. 4. 6.												60 60 60		
Medienwissen- schaften/Medien- management	(Diplom)	2. 4.									24 24					
Medizin/Vorklinischer Teil	(Staatsexamen)	2. 3. 4.	269		311 278	134 132 129		347 328		162 155	158 157 158		141 138 137			
Medizin/Klinischer Teil	(Staatsexamen)	1. 2. 3. 4. 5.-6.	80 188 80 188 268		232 232 232	99 99 99 99 198		115 116 115 116 231		100 165 100 165 265	132 133 132 133 265		121 121 120 120 238			
Medizin-Management	(Bachelor)	2.								30						
Molekulare Biotechnologie	(Diplom)	2. 4. 5.-9.		30 30 60												
Pädagogik	(Diplom)	2. 3. 4.					100 100				134 66 134					
Pädagogik	(Magister, Nebenfach)	2. 3. 4.									40 20 40					
Pharmazie	(Staatsexamen)	2. 3. 4. 5. 6. 7. 8.				77 71 71 66 66 61 62		49 48 48 46 46 45 45					71 68 66 64 62 59 57			

Berichtigte Fassung

Studiengang/ Studienrichtung	Abschluss	Fachse- mester	TH AC	UNI BI	UNI BO	UNI BN	UNI DO	UNI D	UGH DU	UGH E	UNI K	DSH K	UNI MS	UGH PB	UGH SI	UGH W
Romanistik	(Magister, Hauptfach)	2. 3. 4.									86 36 63					
Romanistik	(Magister, Nebenfach)	2. 3. 4.									243 104 184					
Sonderpädagogik	(LA S II)	2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9.					12 3 9 2 7 2 5 1				53					
Sonderpädagogik	(LA SP)	2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9.					168 53 154 49 142 45 130 41				385					
Sonderpädagogik (Zusatzstudium)	(LA SP)	2.					11									
Soziale Arbeit, Beratung und Mana- gement (integriert)	(Diplom)	2.								220						
Sozialpädagogik	(LA S II b)	2. 4.					39 38									
Sozialwissenschaften	(Bachelor)	2. 4. 6.						112 112 112								
Sozialwissenschaften	(Diplom)	2.									65					
Soziologie	(Bachelor, Nebenfach)	2. 4.						16 16								

[illegible]

Berichtigte Fassung

Studiengang/ Studienrichtung	Abschluss	Fachse- mester	TH AC	UNI BI	UNI BO	UNI BN	UNI DO	UNI D	UGH DU	UGH E	UNI K	DSH K	UNI MS	UGH PB	UGH SI	UGH W
Zahnmedizin	(Staatsexamen)	2.	53			34		47			58		50			
		3.				32							50			
		4.	53			33		46			55		50			
		5.				32							50			
		6.	53			32		46			52		50			
		7.				31							50			
		8.	53			32		45			49		50			
		9.				30							50			
		10.	53			31		45			46		50			

– GV. NRW. 2003 S. 237.

Einzelpreis dieser Nummer 2,70 Euro

zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 38 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 33,50 Euro (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 67,– Euro (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.**Einzelbestellungen:** Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 41, 40237 Düsseldorf

Von Vorabeinsendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-5359